

Betreff: Lehre für alle



A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@stadt.graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

DRINGLICHER ANTRAG
an den Gemeinderat
eingbracht von Frau Gemeinderätin Anna Robosch
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 17. Jänner 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn die Wirtschaftskammer Österreich, die Industriellen Vereinigung, FPÖ-LH-Stv. Manfred Haimbuchner, die Sozialistische Jugend und 70 % der ÖsterreicherInnen sich in einem Thema einig sind, sollte man denken, dass hierbei der politisch breitest mögliche Konsens herrscht.

Doch trotz Fachkräftemangels, trotz eines volkswirtschaftlichen und integrativen Vorteils und trotz dieser Mehrheiten wurde die Lehre für AsylwerberInnen in Mangelberufen verboten.

Das betrifft 1202 junge Menschen in Österreich, die eine Lehre in einem dieser Berufsfelder angefangen haben und Hunderte UnternehmerInnen, die viel Engagement in die Ausbildung dieser jungen Fachkräfte investiert haben. 1.153 junge Männer und 49 junge Frauen (macht gesamt 1.202 Personen) haben eine Beschäftigungsbewilligung in einem Mangelberuf. Fast die Hälfte, 595 Lehrlinge, wollen einen Beruf in der Gastronomie ergreifen: Sie werden Köche und Köchinnen, Restaurant- und Gastronomiefachleute. Sie leisten nicht nur einen wichtigen Arbeitsbeitrag für den Betrieb in dem sie arbeiten, sondern erwirtschaften damit auch Einnahmen für die Allgemeinheit.

Weil die Lehrlinge keine Grundversorgung mehr benötigen, **spart der Staat im Jahr über 6 Millionen Euro an Ausgaben**. Weil sie darüber hinaus Sozialversicherungs-Beiträge bezahlen, fließen **über 4,6 Millionen Euro ins Budget**. Insgesamt profitiert der öffentliche Haushalt im Ausmaß von **10,6 Millionen Euro**. Volkswirtschaftliche Einnahmen, die durch den alltäglichen Konsum der Lehrlinge über die Mehrwertsteuer entstehen, sind da noch gar nicht eingerechnet.

Von den Lehrlingen, die sich qualifiziert haben, sind etwa 500 mit einer Abschiebung bedroht. Das schadet sowohl den Betroffenen als auch der Wirtschaft. Das kritisieren mittlerweile 60.000 Menschen, die eine Petition zur Unterstützung von Asylwerbern in Lehrberufen unterschrieben haben, darunter prominente Unterstützer wie der Chef der Industriellenvereinigung Georg Kapsch oder Spar-Vorstand Gerhard Drexel. Der Direktor der WKÖ in der Steiermark und der ehemalige ÖVP-Vizekanzler Reinhold Mitterlehner sind ebenfalls Befürworter von Asylwerbern in Ausbildung.

Daher stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Bundesregierung wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, dieses Verbot rückgängig zu machen.